

AKD beschäftigt jetzt die Justiz

Nach dem Entzug der Betriebsbewilligung beschäftigt die Alpine Kinderklinik Davos die Justiz. Eine Schadenersatzforderung an zwei Ärzte hat gestern zu einer Strafanzeige wegen Nötigung geführt.

Die Strafanzeige sei bei der Staatsanwaltschaft Graubünden durch einen Anwalt im Auftrag der Syna eingereicht worden, sagte Gewerkschaftssekretär *Rolf Bless* zu einer Meldung des «Regionaljournals Graubünden» von Radio DRS. Sie richtet sich gegen den Präsidenten und ein weiteres Mitglied des Stiftungsrats der Kinderklinik.

Der Stiftungsrat hat letzte Woche beim Kreisamt Davos ein Verfahren mit einer Schadenersatzforderung von 800 000 Franken gegen eine Oberärztin und einen Oberarzt eingeleitet. Sie hatten sich geweigert, die medizinische Leitung der Klinik zu übernehmen. Die fehlende ärztliche Führung war der Grund für den Entzug der Betriebsbewilligung durch den Kanton.

In den Augen des Stiftungsrates verhielten sich die Ärztin und der Arzt bei ihrer Weigerung «arbeitsrechtswidrig». Ganz anders sieht es die Gewerkschaft Syna. Mit der Schadenersatzforderung werde versucht, die Mediziner zur Übernahme der Klinikleitung zu zwingen, weshalb es zur Strafanzeige wegen Nötigung gekommen sei. (sda)

«Wir müssen für unsere Schule das Beste tun»

Nachdem das Referendum zum Beitritt zum HarmoS-Konkordat über die Harmonisierung der obligatorischen Schule im Nachbarkanton Tessin klar gescheitert ist, ist das Quorum von zehn Kantonen für die Umsetzung erfüllt. «Für Graubünden, wo HarmoS in der Referendumsabstimmung deutlich abgelehnt worden ist, hat dies vorerst keine Konsequenzen.» Das sagt *Danny Bazzell*, Vorsteher des kantonalen Amtes für Volksschule und Sport (AVS). Erst wenn 18 Kantone die Vereinbarung ratifizieren, können laut Bazzell die Neinsager zum Beitritt gezwungen werden. Trotzdem glaubt der AVS-Vorsteher, dass der Druck auf Graubünden nun ansteigt: «Verschiedene Anpassungen von Rahmenbedingungen für die Schule müssen nun unabhängig von HarmoS erfolgen.» So werde beispielsweise in der anstehenden Schulgesetzrevision versucht, «Kompatibilität mit den anderen Kantonen zu erreichen, soweit das politisch machbar ist.»

«Graubünden muss für die eigenen Schulen das Beste tun», sagte *Hans Laebli*, Primarlehrer in Monstein, gegenüber dem BT. Der HarmoS-Gegner und SVP-Politiker ist nach wie vor überzeugt dass dies ohne die Fesseln des Konkordats genauso gut, wenn nicht besser möglich ist: «Wir können es uns in der Vielfalt Graubündens doch nicht leisten, dem pädagogischen Zeitgeist zu erliegen.»

Dass sich mit der Umsetzung von HarmoS in den zehn Kantonen Tessin, Schaffhausen, Glarus, Waadt, Jura, Neuenburg, Wallis, St. Gallen, Zürich und Genf für Graubünden vorläufig nichts ändert, glaubt auch *Fabio Cantoni*. Der Präsident des Dachverbandes der Bündner Lehrkräfte (Legr) hofft aber zusammen mit der ganzen Legr-Geschäftsleitung, die sich für das HarmoS-Konkordat eingesetzt hatte, dass die Lehrplankoordination, die 21 Kantone anpacken, einiges auf einen gemeinsamen Nenner bringt. Zudem soll das kantonale Schulgesetz, soweit politisch machbar, HarmoS-kompatibel sein: «Die inhaltliche Koordination der Schule war ja im HarmoS-Abstimmungskampf bei uns kaum umstritten», begründet Cantoni die Forderung der Legr-Geschäftsleitung. (don)

KURZ GEMELDET

● **Bach beschädigt Ferienhaus in Laax:** Ein überlaufender Bach hat gestern in Laax-Murschetg in einem Ferienhaus beträchtlichen Wasserschaden angerichtet. In zwei Wohntagen entstand erheblicher Wasserschaden. Die Feuerwehr Laax rückte mit rund 15 Mann aus, um das Wasser umzuleiten und abzupumpen. Es entstand Schaden von mehreren 10 000 Franken. Vom Schmelzwasser angeschwemmtes Geschiebe hatte den Bach verstopft.

Volksabstimmung

Junge von links und rechts gegen biometrische Pässe

«**Biometriezwang Nein**» nennt sich das Komitee, das sich gegen die Einführung der neuen Pässe einsetzt. In Graubünden haben sich dafür die Juso und die Junge SVP gefunden.

Von Curdin Guidon

Gegen den Entscheid des Parlaments in Bern vom Februar 2008, biometrische Pässe und Identitätsausweise obligatorisch einzuführen, hat ein überparteiliches Komitee das Referendum ergriffen. Die Vorlage kommt am 17. Mai zur Volksabstimmung. Gestern hat sich nun ein überparteiliches Bündner Jugendkomitee gegen biometrische Pässe und IDs vorgestellt.

«Freiheitskampagne»

Das Argumentarium, das an der Volksabstimmung zu einem Nein führen soll, präsentierte *Alexander Hedinger*, Mitglied des nationalen Referendumskomitees, *Lukas Horrer*, Vorsitzender der Jungsozialisten Graubünden, und *Sandro Putzi*, Vizepräsident der Jungen SVP Prättigau Davos. Das Wort «Freiheitskampagne» treffe das, was das Komitee anstrebt, auf den Punkt, sagte Putzi, «denn schliesslich geht es um unsere persönliche Freiheit». Die freie Wahl zwischen herkömmlichen und biometrischen IDs müsse, wie es heute Praxis ist, weiterbestehen. Ein Nein am 17. Mai



Sie sind sich einig: «Bundesrat und Parlament gehen bei der Biometrie-Vorlage zu weit» – Lukas Horrer, Alexander Hedinger und Sandro Putzi (von links). (Foto Jo Diener)

sichere elementare demokratische Grundrechte, «welche das Wesen der Schweiz ausmachen».

Schengen-Dublin in Gefahr?

Lukas Horrer betonte, als Jungsozialist sei er für das Schengen-Dublin-Abkommen mit all den Erleichterungen für Reisende am Zoll. Von einer zentralen Datenbank sei aber in diesem Abkommen nirgends die Rede: «Die Biometrie-Vorlage vom 17. Mai geht in vielen

Belangen wesentlich weiter.» Sie enthalte ein grosses Missbrauchspotenzial und andere Schengen-Staaten würden beweisen, dass es ohne Speicherung der Daten gehe, so auch Deutschland, wo sie nach der Speicherung auf dem Pass sofort vernichtet werden.

Ein weiterer Punkt, den die Bündner Biometriegegner anführten, sind die Erfassungszentren – fünf sind in Graubünden geplant. Kritisiert werden dabei einer-

seits die hohen Kosten dafür, andererseits aber auch die Tatsache, dass die Leute Pässe und Identitätskarten nicht mehr in der Wohngemeinde beantragen können.

Alexander Hedinger beteuerte erneut: «Das Schengen-Dublin-Abkommen ist auch bei einem Nein am 17. Mai nicht in Gefahr.» Das beweisen demnach die Schengen-Länder Dänemark, Irland und Grossbritannien, die auch ohne biometrische Pässe auskommen.

Erdrutsch

Der Ofenpass ist gesperrt

Die Ofenpassstrasse vom Engadin ins Münstertal bleibt nach einem Erdrutsch in der Nacht auf Montag bis heute Dienstagmittag gesperrt.

Rund 6000 Kubikmeter Erde und Felsbrocken haben die Ofenpassstrasse oberhalb von Tschieriv in der Nacht auf gestern Montag verschüttet.

Zu Schaden sei nach bisherigem Wissensstand niemand gekommen, teilte das Bündner Tiefbauamt gestern mit. Das Münstertal ist

während der Dauer der Sperre aus der Schweiz nur über das Unteren-Engadin und via den Reschenpass (I) zu erreichen.

Freigabe heute Mittag?

Bis heute Dienstagmittag dürfte die Passstrasse so weit geräumt sein, dass der Verkehr einspurig an der Erdrutschstelle vorbeigeführt werden kann. Es sei aber wegen der weiteren Räumungsarbeiten mit Behinderungen zu rechnen, schreibt das Tiefbauamt weiter. Die vollständige Räumung der Fahrbahn und die Sicherungsarbeiten im Rutschhang dauern vermutlich bis nach Ostern. (sda)



Felsbrocken und Schutt ergossen sich in der Nacht auf Montag auf die Ofenpassstrasse. (Foto Tiefbauamt Graubünden)

Spitex Cadi

Leistungsnachfrage steigt kontinuierlich

Die 50 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Spitex Cadi haben im Jahr 2008 insgesamt 20 457 Einsatzstunden geleistet und dabei 198 Kunden betreut.

Von Gieri Dermont

Die Spitex Cadi wurde vor neun Jahren gegründet. Sie entstand durch die Fusion der Gemeindeorganisationen, die sich mit den Spitex-Diensten befassten und umfasst die sieben Kreisgemeinden mit 7845 Einwohnern. Die Reorganisation habe sich bewährt und bezahlt gemacht, hält *Dumeni Columberg* als Präsident der Spitex Cadi im Jahresbericht fest. Die Einsatzstunden erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 890 auf 20 457, und die betreuten Personen nahmen um 16 auf 198 zu. Davon waren 118 weiblichen und 80 männlichen Geschlechts. Da man ein weitläufiges Gebiet betreut, mussten 65 627 Kilometer zurückgelegt werden. Weiterhin zunehmender Beliebtheit erfreut sich der Mahlzeitendienst. An 61 Personen wurden im Verlauf des Jahres 10 582 Mahlzeiten oder 1413 mehr als im Vorjahr gebracht.

Die Jahresrechnung schliesst mit Gesamtausgaben von 1,102 Mio. Franken und Einnahmen von 789 300 Franken, sodass ein Defizit von 312 500 Franken anstelle

der budgetierten 385 200 Franken resultiert. Der Kantonsbeitrag für die geleistete Arbeit beläuft sich auf 258 500 Franken, sodass das effektive Defizit für die Gemeinden nur 53 900 Franken anstelle der budgetierten 145 200 Franken beträgt. Die Verteilung des Defizits auf die Gemeinden erfolgt zu einem Drittel aufgrund der Einwohnerzahl, zu einem Drittel aufgrund der Steuerkraft und zu einem Drittel aufgrund der erbrachten Leistungen. Die Spitex Cadi befindet sich unter den Organisationen mit den günstigsten Kosten, deckt sie doch über 70 Prozent der Ausgaben durch Einnahmen, während der bündnerische Durchschnitt bei 53 Prozent liegt.

Das Jahr 2008 war für den Spitex-Betrieb ein ruhiges Jahr, stellen die Einsatzleiterinnen *Marlies Vincenz* und *Claudia Cathomen* fest. So habe man Zeit gehabt, sich mit den wesentlichen Dingen zu befassen. Dazu gehört, dass man alle Kunden besucht habe und dabei feststellen durfte, dass diese mit dem Spitex-Einsatz sehr zufrieden seien, wofür den zahlreichen Mitarbeiterinnen der gebührende Dank gehöre.

An der Generalversammlung vom 15. April tritt *Dumeni Columberg* als Präsident zurück. Er hat vor neun Jahren mitgeholfen, die Spitex Cadi zu realisieren und hat sie seither präsidiert. Als Vorstandsmitglied ebenfalls demissioniert hat *Eveline Soliva-Flepp*.